

Presseerklärung

der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Brandenburg



26. August 2021

GEW Brandenburg: Umgangsverordnung geht an den Realitäten in den Schulen vorbei! MBSJ erkennt und ignoriert die angespannte Situation!

Seit Schuljahresbeginn nehmen in Brandenburg, wie auch in anderen Bundesländern, in den Schulen die Infektionszahlen stark zu. Insbesondere sind Schülerinnen und Schüler von dieser Entwicklung betroffen. Auch die Zahl der Infektionen bei den Lehrkräften steigt an. Aus Sicht der GEW Brandenburg ist diese Entwicklung besorgniserregend. Noch immer liegen keine gesicherten Studien vor, welche kurz- und langfristigen Folgen die Erkrankung mit dem Corona-Virus haben. Noch besorgniserregender ist, dass das reale Infektionsgeschehen in den Bildungseinrichtungen seitens des MBSJ ignoriert und die notwendigen Entscheidungen auf andere Ministerien sowie die Verantwortung auf die Verwaltung und die Schulen verlagert werden. Anstatt klare Vorgaben zur weiteren Eindämmung der Pandemie für die Kitas und Schulen vorzugeben, herrschen die Prinzipien „Hoffnung, dass das Schlimmste hinter uns liegt und es nicht so schlimm kommen wird!“ und „Augen zu und durch!“ bei der Hausleitung des MBSJ vor. Mit diesem Politikansatz kann die 4. Welle der Pandemie nicht wirklich eingedämmt und bekämpft werden. Das Gegenteil ist der Fall! Man riskiert bewusst die Gesundheit aller Beschäftigten, erhöht das Infektionsrisiko in den Kitas und Schulen, produziert Chaos vor Ort und verschärft zugleich die Arbeitsbelastungen der Kolleginnen und Kollegen in den Einrichtungen.

Die Regelungen der aktuellen Umgangsverordnung sind aus Sicht der GEW Brandenburg das Ergebnis politischer Fehleinschätzungen zur konkreten Situation in den Kitas und Schulen am „grünen Tisch“ und somit keine adäquate Reaktion auf das Infektionsgeschehen. Die politischen Entscheidungen und Vorgaben der Hausleitung des MBSJ konterkarieren das Engagement der Beschäftigten vor Ort, die verdeutlichen, dass es für den Bildungsbereich noch immer keine stringente Konzeption zur Eindämmung der Pandemie gibt und die Verantwortung für die notwendigen Entscheidungen auf andere Ressorts delegiert wird. Eine Fortsetzung dieser Politik gefährdet auch den notwendigen Konsens, sinnvolle und manchmal auch schwierige Entscheidungen gemeinsam zu tragen. Die GEW Brandenburg fordert den Ministerpräsidenten auf, seine Richtlinienkompetenz wahrzunehmen und dafür zu sorgen, dass politische Entscheidungen getroffen werden, die in der aktuellen Phase einen wirksamen Beitrag zur Pandemiebekämpfung auch im Bildungsbereich in Brandenburg ermöglichen und somit der Situation angemessen sind.

Insbesondere fordert die GEW Brandenburg:

1. Die aktuell geltende Umgangsverordnung ist für den Schulbereich sofort zu überarbeiten und dem tatsächlichen Infektionsgeschehen anzupassen.
2. Die GEW Brandenburg lehnt alle Versuche strikt ab, bei auftretenden Infektionen nur die direkten Kontaktpersonen in Quarantäne schicken zu wollen. Dies gilt auch für den Versuch, diese politisch motivierte Regelung mit Hilfe von Hinweisen des MSGIV an die Gesundheitsämter durchsetzen zu wollen. Die in diesem Zusammenhang vorgesehenen Checklisten, die die Schulleitungen im Auftrag der Gesundheitsämter zu diesem Zweck ausfüllen sollen, ersetzen nicht die Einzelfallentscheidungen der Gesundheitsämter. Es

GEW Brandenburg

Postanschrift: Postfach 60 07 69 • 14407 Potsdam • Hausanschrift: Alleestraße 6 A • 14469 Potsdam

Telefon: (0331) 27184 – 0 • Fax: (0331) 27184 – 30

Internet: <http://www.gew-brandenburg.de> • E – mail: info@gew-brandenburg.de

besteht die Gefahr, dass Daten erfasst werden, die nach Datenschutzgesetz (Impfstatus) geschützt und es zu einer zusätzlichen bürokratischen Belastung der Schulleitungen kommt.

3. Grundsätzlich muss gelten, dass bei Auftreten einer Infektion sofort die ganze Klasse bzw. Lerngruppe für eine Woche in Quarantäne geschickt wird und alle anderen täglich getestet werden.

4. Unverzichtbar ist, dass die Teststrategie konsequent fortgesetzt und ausgeweitet wird. Es ist wichtig, dass nur negativ getestete Personen die Schule betreten und am Unterricht teilnehmen dürfen. Dazu ist die Anzahl der Tests pro Woche auf mindestens drei zu erhöhen und bei auftretenden Infektionen und einer weiteren Verschärfung der pandemischen Situation sind tägliche Test unverzichtbar.

5. Die GEW Brandenburg unterstützt alle Maßnahmen, um die Imp fzahlen im Land Brandenburg zu erhöhen. Es ist Vorsorge zu treffen, dass bei Notwendigkeit den Lehrkräften schnell ein Impfangebot für eine dritte Impfung unterbreitet werden kann. Aber die Entscheidung über die Impfung von Kindern und Jugendlichen gehört in die Hand der Eltern bzw. Erziehungsberechtigten. Die Aufklärung und die Impfungen sind von den Ärztinnen und Ärzten in den Praxen durchzuführen, die die Kinder und Jugendlichen auch kennen.

6. Die notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie bedürfen einer breiteren wissenschaftlichen Expertise. Es ist zwingend geboten, diese vor den anstehenden Entscheidungen einzuholen.